



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Interreligiösen Dialog fördern und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Runden Tisch der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Runden Tisch der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einzurichten. Dem Gremium sollen neben Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen und der zuständigen Staatsministerien – des Staatsministeriums des Inneren, für Sport und Integration sowie des Staatsministeriums für Bildung und Kultus – Vertreterinnen und Vertreter der landesweit organisierten Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie der säkularen Verbände angehören.

Begründung:

Bayern gewinnt an Vielfalt und religiös-weltanschaulicher Pluralität. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist das Schwinden volkswirtschaftlicher Dominanz, das Wiederaufblühen jüdischen Lebens in Bayern, eine verstärkte Zuwanderung und ein stetig steigender Anteil konfessionsloser Menschen. Der überwiegende Teil der Menschen empfindet diese neue Vielfalt als kulturell bereichernd. Allerdings wächst auch hierzulande die Kontroverse um Religion, Identität und gerechte Teilhabe.

Im Zuge dieser Entwicklungen gewinnt der interreligiöse und interkulturelle Diskurs zunehmend an Bedeutung. Eine freiheitlich-demokratische und plurale Gesellschaft profitiert vom Austausch und der Kooperation zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen und weltanschaulichen Gruppen. Die Einrichtung eines Runden Tisches betont dahingehend das Verbindende zwischen verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und trägt auf diese Weise dazu bei, Verständnis für andere Sichtweisen zu schaffen. Zudem wird der gesellschaftliche Zusammenhalt an der Nahtstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft gestärkt. Letzteres gewinnt insbesondere mit Blick auf die vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an Bedeutung. Die Fülle an religionspolitischen Themen und Fragestellungen ist immens und der Gesprächsbedarf entsprechend groß.

Letztlich bietet ein im regelmäßigen Turnus tagender Runder Tisch gerade auch den kleineren Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern bessere Partizipationsmöglichkeiten, um deren Anliegen und Bedürfnisse artikulieren zu können. Während solche Runden Tische in anderen Bundesländern bereits bestens etabliert sind und sich breiter Akzeptanz innerhalb der dort ansässigen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erfreuen, existiert in Bayern nach wie vor kein vergleichbares interreligiöses Forum. Die Einrichtung eines Runden Tisches auf Landesebene könnte

nicht zuletzt den nötigen Rahmen schaffen, um die Entstehung weiterer Dialogforen auf kommunaler Ebene zu begünstigen.